

URGENT ACTION

Lassen Sie die Anwältin und den Anwalt frei!

Pakistan

Imaan Mazari-Hazir und Hadi Ali Chattha

7. September 2026

Die Anwältin Imaan Mazari-Hazir und der Anwalt Hadi Ali Chattha setzen sich für Menschenrechte ein. Vor acht Monaten wurden sie festgenommen. Der Grund: Sie hatten in den Sozialen Medien Beiträge veröffentlicht, die die Regierung kritisierten. Einen Tag später verurteilte ein Gericht Imaan Mazari-Hazir zu 10 Jahren und Hadi Ali Chattha zu 17 Jahren Gefängnis. Beide legten sofort Berufung gegen das Urteil ein. Das bedeutet: Ein höheres Gericht soll die Entscheidung überprüfen. Bis heute hat das Gericht die Berufung aber nicht geprüft. Die beiden sind jetzt schon seit acht Monaten in Haft.

Das erste Gerichtsverfahren war unfair. Und die Gerichte, vor allem das Hohe Gericht in Islamabad, haben die Berufung von Imaan Mazari-Hazir und Hadi Ali Chattha nicht innerhalb der vom Obersten Gerichtshof festgelegten Frist von zwei Wochen verhandelt. Es besteht die Befürchtung, dass die Behörden Verzögerungstaktiken anwenden, um ihre willkürliche Inhaftierung zu verlängern.

Imaan Mazari-Hazir hat nach der Inhaftierung große gesundheitliche Probleme entwickelt, für die sie dringend medizinische Versorgung benötigt, die ihr die Behörden jedoch wiederholt verwehrt haben.

Imaan Mazari-Hazir und Hadi Ali Chattha sind als Vergeltungsmaßnahme für ihre Tätigkeit als Menschenrechtsanwält*innen und für die Ausübung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung inhaftiert. Sie sollen nicht noch einmal Solidarität mit Aktivist*innen und Bewegungen in Pakistan bekunden. Es liegt nahe, dass hier das Gesetz zur Verhütung elektronischer Straftaten dafür missbraucht wird, kritische Stimmen im Land zu unterdrücken. Dies steht im Widerspruch zu Pakistans internationalen Menschenrechtsverpflichtungen.

Bitte schreiben Sie einen höflichen Protestbrief (E-Mail, Fax oder Luftpostbrief) mit folgenden Forderungen:

- Bitte ergreifen Sie alle nötigen Maßnahmen, damit die Verurteilung von Imaan Mazari-Hazir und Hadi Ali Chattha aufgehoben und sie sofort und ohne Bedingungen freigelassen werden.
- Stellen Sie sicher, dass Imaan Mazari-Hazir und Hadi Ali Chattha umgehend Zugang zu einer angemessenen und umfassenden medizinischen Versorgung erhalten.

Bitte schreiben Sie Ihre Protestbriefe möglichst sofort. Schreiben Sie in gutem Englisch oder Deutsch. Schicken Sie eine Kopie an die Botschaft. Bitte verschicken Sie nach dem **7. März 2027** keine Protestbriefe mehr.

Schreiben Sie an den

Premierminister von Pakistan:

Prime Minister Shehbaz Sharif

Prime Minister's Office, Constitution Avenue, G-5/2

Islamabad, PAKISTAN

(Anrede: Dear Hon. Prime Minister Shehbaz Sharif / Sehr geehrter Herr Premierminister)

E-Mail: info@pmo.gov.pk

Schicken Sie eine Kopie an:

Botschaft der Islamischen Republik Pakistan

I.E. Frau Saqlain Syedah

Schaperstr. 29

10719 Berlin

Fax: 030-2124 4210

E-Mail: mail@pakemb.de

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Sonnenallee 221 C · 12059 Berlin

T: +49 30 420248-0 · E: ua-de@amnesty.de · W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO

SozialBank AG · IBAN: DE23370205000008090100 · BIC: BFSWDE33XXX

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Sie können auch auf unserer Website bei dieser Aktion mitmachen. Dort finden Sie die fertigen Protestbriefe:
<https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-actions>

ACHTUNG! Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „[Brief International](#)“, ob die Briefzustellung in das Zielland möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihr Protestschreiben bitte als E-Mail oder Fax. Papierbriefe können auch an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

Sie können auch auf Englisch schreiben:

- I urge you to take all necessary steps to ensure that Imaan Mazari-Hazir and Hadi Ali Chattha's convictions are quashed and they are immediately and unconditionally released.
- Pending their release, I urge you to ensure that Imaan Mazari-Hazir and Hadi Ali Chattha are granted access to adequate and all necessary healthcare without delay.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Am 23. Januar wurden die beiden Anwält*innen Imaan Mazari-Hazir und Hadi Ali Chattha auf dem Weg zu einem Gericht festgenommen, wo sie im Zusammenhang mit einem gegen sie angestregten Verfahren erscheinen sollten. Sie wurden festgenommen, obwohl sie erst zwei Tage zuvor gegen Kaution freigelassen worden waren. Augenzeug*innen berichteten von unnötiger Gewaltanwendung durch die Strafverfolgungsbehörden bei der Festnahme. Sie wurden im Adiala-Gefängnis in Rawalpindi nahe der pakistanischen Hauptstadt Islamabad inhaftiert und sind dort bis heute. Am 24. Januar verurteilte ein Bezirksgericht in Islamabad Imaan Mazari-Hazir und Hadi Ali Chattha zu zehn beziehungsweise 17 Jahren Gefängnis. Das Gericht bezog sich dabei auf Paragraph 9 (Verherrlichung einer Straftat), Paragraph 10 (Cyberterrorismus) und Paragraph 26-A (falsche oder gefälschte Informationen) des Gesetzes zur Verhinderung digitaler Straftaten (Prevention of Electronic Crimes Act – PECA), um die Beiträge der beiden Anwält*innen auf X zu kriminalisieren, in denen sie ihre Solidarität mit belarussischen und paschtunischen Aktivist*innen zum Ausdruck brachten und die Politik des pakistanischen Militärs kritisierten. Hadi Ali Chattha wurde beschuldigt, die Beiträge von Imaan Mazari-Hazir weiterverbreitet zu haben. Das Verfahren gegen die beiden Anwält*innen wurde in ungewöhnlicher Eile geführt, und es wurde ihnen konsequent das Recht verweigert, Zeug*innen ins Kreuzverhör zu nehmen und ihre Aussagen zu widerlegen.

Seit ihrer Inhaftierung haben Imaan Mazari-Hazir und Hadi Ali Chattha Rechtsmittel gegen ihre Verurteilung eingelegt und eine Aussetzung der Haftstrafe beantragt. Doch diese Anträge wurden von den Gerichten noch nicht verhandelt. Stattdessen setzen diese Verzögerungstaktiken ein, so weigern sie sich, den Fall auf die Terminliste zu setzen. Am 2. März löste das Hohe Gericht von Islamabad die Kammer auf, die über ihre Berufung entscheiden sollte. Nachdem beim Obersten Gerichtshof Rechtsmittel eingelegt worden waren, wies dieser das Hohe Gericht von Islamabad am 12. Mai an, innerhalb von zwei Wochen über die Anträge auf Aussetzung der Haftstrafe zu entscheiden. Trotz dieser Anordnung hat noch keine substantielle Anhörung in dieser Sache stattgefunden.

Imaan Mazari-Hazir und Hadi Ali Chattha wurden in den letzten Jahren mehrfach wegen ihrer Menschenrechtsarbeit willkürlich festgenommen und strafrechtlich verfolgt. Imaan Mazari-Hazir wurde nach ihrer Rede auf einer Kundgebung der paschtunischen Tahafuz-Bewegung (PTM) im August 2023 unter dem Vorwurf des Terrorismus festgenommen. Eine Woche später kam sie gegen Kaution frei. Im Oktober 2024 wurden Imaan Mazari-Hazir und Hadi Ali Chattha erneut unter dem Vorwurf des Terrorismus festgenommen, weil sie Polizeibarrikaden entfernt hatten, die im Zusammenhang mit dem Besuch eines internationalen Cricket-Teams in Islamabad errichtet worden waren. Sie wurden einige Tage später freigelassen. Nachdem im August 2025 ein Verfahren gegen sie wegen sogenannter „staatsfeindlicher“ Tweets nach dem PECA eingeleitet worden war, wurden Haftbefehle erlassen. Beiden Anwält*innen wurde schon vor Inhaftnahme Kaution gewährt, doch Hadi Ali Chattha wurde am 29. Oktober 2025 dennoch kurzzeitig festgenommen. Am 15. Januar 2026 hob das Gericht die Freilassung auf Kaution von Imaan Mazari-Hazir und Hadi Ali Chattha auf, nachdem Imaan Mazari-Hazir ihren Meldeauflagen wegen Krankheit nicht nachkommen konnte. Obwohl sie sich krankgemeldet hatte, ordnete das Gericht am 16. Januar ihre Festnahme innerhalb von 24 Stunden an. Am 19. Januar wurden sie auf Kaution erneut vorläufig freigelassen. Allerdings wurden in einem bis dahin unbekannten First Information Report vom Juli 2025 im Zusammenhang mit einer Protestaktion der



Menschenrechtsorganisation Baloch Yakjehti Committee (BYC) in Islamabad weitere Anschuldigungen gegen sie erhoben.

Imaan Mazari-Hazir war Berichten zufolge im vergangenen Monat bei schlechter Gesundheit. Sie leidet unter Zahn- und Magen-Darm-Problemen. Imaan leidet unter starken Zahnfleischblutungen, doch die Gefängnisleitung lässt keine zahnärztliche Behandlung zu. Die Familie von Imaan Mazari-Hazir schickte ihr nach Rücksprache mit einer Zahnärztin Medikamente, doch die Gefängnisbehörden händigten ihr nicht alle Medikamente aus. Außerdem hat sie sich in Haft eine Atemwegsinfektion zugezogen und leidet an Magenbeschwerden. Imaan Mazari-Hazir's family has noted that many women in the prison facility are suffering from infectious diseases, and no measures are being taken to stem the spread of these infections in the women's prison.

Imaan Mazari-Hazir ist eine 33-jährige Menschenrechtsanwältin aus Islamabad und Hadi Ali Chattha ist ein 33-jähriger Menschenrechtsanwalt aus Multan. Imaan Mazari-Hazir und Hadi Ali Chattha heirateten im Jahr 2023. Die beiden vertreten seit Jahren Betroffene staatlicher Repression, insbesondere Journalist*innen, die unter den pakistanischen Gesetzen zur Bekämpfung des Terrorismus und der Internetkriminalität verfolgt werden; Menschen, die unter den Blasphemiegesetzen angeklagt sind, und Opfer des Verschwindenlassens. Im Juni 2025 wurde Imaan Mazari-Hazir mit dem Young Inspiration Price 2025 des World Expression Forum ausgezeichnet.

Die pakistanischen Behörden unterdrücken das Recht auf freie Meinungsäußerung mit aller Härte. Seit der Verabschiedung des Gesetzes zur Verhinderung digitaler Kriminalität im Jahr 2016 wurden zahlreiche Journalist*innen, Menschenrechtler*innen sowie Mitglieder und Anhänger*innen von Oppositionsparteien festgenommen und auf der Grundlage dieses Gesetzes schikaniert. Im Januar 2025 wurde das Gesetz reformiert, um die Meinungsäußerung im Internet weiter einzuschränken und Abschnitt 26-A hinzuzufügen, der eine Höchststrafe von drei Jahren Gefängnis für „gefälschte oder falsche Informationen“ vorsieht. Amnesty International dokumentierte ein System der Überwachung und Zensur in Pakistan, das gegen Journalist*innen und Menschenrechtsanwält*innen eingesetzt wird. Internetabschaltungen und -verlangsamungen werden immer häufiger genutzt, um Proteste und den Informationsfluss zu unterbinden. Aktivist*innen, insbesondere Belutsch*innen und Paschtun*innen, wurden durch Antiterrorgesetze ins Visier genommen und Opfer des Verschwindenlassens.

Weitere Informationen zu **UA-004/2026** (ASA 33/0660/2026, 2. Februar 2026)

UA-Nr: **UA-004-1/2026**
AI-Index: **ASA 33/1404/2026**
Deutscher Text: mr/sd

AMNESTY
INTERNATIONAL

